

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Dr. Leopold Herz, Claudia Jung, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Manfred Pointner, Markus Reichhart, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Markus Rinderspacher, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp und **Fraktion (SPD)**,

Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zügige Entscheidungen zu Studienbeiträgen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass sich nach vorläufigem amtlichen Endergebnis 14,4 Prozent der bayerischen Stimmberechtigten für das Volksbegehren „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen“ (Kurzbezeichnung „NEIN zu Studienbeiträgen in Bayern“) eingetragen haben.

Der Landtag bekräftigt die Absicht, die Studienbeiträge unverzüglich abzuschaffen und fordert daher die Staatsregierung auf, das Volksbegehren möglichst rasch nach Feststellung des endgültigen Ergebnisses durch den Landeswahlausschuss dem Landtag zur Entscheidung vorzulegen.

Für den Fall, dass der Landtag das Volksbegehren ablehnt und es zum Volksentscheid kommt, wird die Staatsregierung aufgefordert, hierfür einen möglichst frühen Termin zu wählen.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, bereits jetzt Maßnahmen zu ergreifen, um bei Zustimmung des Landtags zum Volksbegehren bzw. einem Erfolg des Volksentscheids sicher zu stellen, dass das Gesetz zügig umgesetzt werden kann.

Der Landtag strebt eine Abschaffung der Studienbeiträge spätestens zum Wintersemester 2013/2014 an. Er spricht sich für eine vollständige, kapazitätsneutrale Kompensation der an den Hochschulen wegfallenden Einnahmen aus dem Staatshaushalt aus.

Begründung:

1,35 Mio. bayerische Bürger haben sich in die Listen zum Volksbegehren gegen Studiengebühren eingetragen und damit ein eindrucksvolles Zeichen gegen Studienbeiträge gezeigt.

Nun geht es darum, dem Willen der Bevölkerung und der Mehrheit der Abgeordneten des Bayerischen Landtags gemäß zu handeln und zügig sowie vorausschauend die notwendigen Entscheidungen zu fällen. Dabei geht es auch darum, nicht durch nachlässiges Umsetzen absehbarer Beschlüsse die Studierenden in die missliche Lage zu bringen, noch länger Studienbeiträge zu bezahlen.

Daher soll die Staatsregierung veranlasst werden, sich auf mögliche Entscheidungsszenarien sachgerecht vorzubereiten. Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, die anstehenden Entscheidungen so zu terminieren, dass gegebenenfalls die Studienbeiträge möglichst schnell abgeschafft werden können. Ein solches Handeln ist im Sinn der bayerischen Bürger.